



GMS GESELLSCHAFT MINDERHEITEN IN DER SCHWEIZ
SOCIETE POUR LES MINORITES EN SUISSE
SOCIETA PER LE MINORANZE IN SVIZZERA
SOCIETAD MINORITADS EN SVIZRA

Newsletter GMS

Nr. 11 / Oktober 2006

A. Aktuelle GMS-Nachrichten

Neues Asyl- und neues Ausländergesetz

Am 24. September dieses Jahres stimmten die Stimmberechtigten unseres Landes den beiden neuen Gesetzen mit grosser Mehrheit zu. Im Vorfeld der Abstimmung tat der Vorstand der GMS etwas, was er so noch nie getan hatte: Er liess im Tages-Anzeiger eine Reihe von Testimonial-Inseraten schalten, in denen neun Vorstandsmitglieder in einem Satz begründeten, warum sie gegen die zwei neuen Gesetze sind. Dies obwohl wir uns vorstellen konnten, dass es auch unter den GMS-Mitgliedern Befürworterinnen und Befürworter der Gesetze gab. Denn dass es im Asylwesen Missbrauch gibt, ist nicht zu bestreiten. Von unserer Nähe zu den Immigrationsminderheiten in der Schweiz sind uns aber schwierige Situationen von Asylsuchenden bekannt, die nichts mit „Missbrauch“ zu tun haben, sondern Folge von Schicksalsschlägen und Verhältnissen sind, die wir uns hier kaum vorstellen können. Da war es uns ein Anliegen, in den Testimonial-Inseraten unser Gesicht und unsere Solidarität zu zeigen.

Die neuen Gesetze sind von einer grossen Mehrheit angenommen worden. Als Demokraten fügen wir uns dem Mehrheitsentscheid und sind gespannt, wie viel Missbrauch nun ausgeschlossen und wie viel unverschuldeter Not wirklich Rechnung getragen werden kann. Zudem klingt mir ein Wort des Reformators Huldrych Zwingli in den Ohren: „Die Viele macht nit die Wahrheit“, das bei aller Achtung vor Mehrheitsentscheiden diese nicht einfach mit der Wahrheit gleich setzt.

Verbot von Minaretten?

Am 4. September dieses Jahres wurde im Zürcher Kantonsrat eine parlamentarische Initiative der SVP vorläufig überwiesen, welche „Baubewilligungen für Gebäude mit Minaretten“ im Planungs- und Baugesetz verbieten will. Die GMS hat darauf mit einer Stellungnahme reagiert, die in den Medien weit verbreitet wurde. Darin heisst es:

„Die GMS hält fest: Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat. Für alle Individuen und Gruppen gelten die gleichen Rechte und Verpflichtungen. Die Bundesverfassung garantiert Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Freiheit der Religionsausübung. Über Fragen wie Minarett oder Kirchturm entscheidet die für alle gleichermassen gültige Gesetzgebung zu Raumplanung, Ortsplanung und Bauvorschriften. In Übereinstimmung mit diesen Bestimmungen steht in der Stadt Zürich schon seit über vierzig Jahren das Minarett der Machmud-Moschee in unmittelbarer Nähe zum Kirchturm der evang.-reformierten Balgrist-Kirche – ohne dass sich je ein Problem ergeben hätte.

Die GMS nimmt Stellung: Der Vorstoss ist ein klassischer Fall von faktischer Diffamierung der Mitbürgerinnen und Mitbewohner muslimischen Glaubens und damit Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit. Die vorgebrachten „Argumente“ operieren allesamt mit dem Feindbild eines aggressiven Islamismus, zu dem die Muslime unter uns nicht gehören, und den die Vereinigung Islamischer Organisationen in Zürich VIOZ wiederholt und in aller Öffentlichkeit verurteilt hat. Die Voten der SVP-Seite zeugen von Unkenntnis der Situation, der Denkart und der Integrationsbemühungen der Muslime unter uns. Die GMS sieht im Vorstoss und in den vorgebrachten „Argumenten“ einen Schlag ins Gesicht der muslimischen Mitbürger und fühlt sich gleicherweise betroffen wie sie.“

Die Moscheen, d.h. die Gebetsräume der verschiedenen Gruppen von Muslimen, die in den letzten fünfundzwanzig Jahren als Arbeitsmigranten oder als Kriegsflüchtlinge in die Schweiz gekommen sind, befinden sich fast ausschliesslich in leeren Fabrikgebäuden, in Kellern und in Hinterhöfen, in alten Baracken oder ehemaligen Wohnungen. Von aussen sieht man ihnen ihren Charakter nicht an. In Wangen bei Olten, in Langenthal und in Wil SG hatten Muslime nun den Wunsch, ihr unscheinbares und unkenntliches Gebetshaus mit einem kleinen, z. B. 6 Meter hohen Minarett ohne Lautsprecher oder Gebetsrufer zu kennzeichnen. Und schon bricht der Sturm der Entrüstung los: Leserbriefe, Unterschriftensammlungen mobilisieren eingesessene Schweizer, traditionalistische Christen. An allen Orten wird das Thema unter Berufung auf die „berechtigte Unruhe in der Bevölkerung“ in politische Vorstösse der SVP aufgenommen. Schon gibt es Stimmen von Seiten der SVP, dass das Minarett-Thema und andere Fragen, die mit der Angst vor dem Islam operieren, Wahlkampfthemen für die eidgenössischen Wahlen 2007 sein sollen. Belastende Aussichten!



B. Schwerpunkt: Integrationshilfe

Die beste Integrationshilfe geschieht dort, wo Eingesessene und Zugewanderte sich treffen, einander kennen lernen, gegenseitig auf die Anliegen und Sorgen hören und sich zusammentun, um gemeinsam Lösungen für anstehende Probleme zu suchen. Das gilt sowohl für Begegnung und Zusammenarbeit von einzelnen Menschen als auch von Gruppen und Institutionen. Oft wird das Stichwort Dialog wie ein Zauberwort gebraucht. Ja, aber es soll ein Dialog über die konkreten Erfahrungen, Probleme, Hoffnungen und Unsicherheiten sein. Und am stärksten wirkt der „Dialog“ des gemeinsamen Tuns.

Ein anschauliches Beispiel lernte ich kennen aus den Berichten von Muslimen und Vertretern der Stadt Zürich, die miteinander im Blick auf das Schaffen von muslimischen Gräberfeldern verhandelten. Es war ein jahrelanger und mühsamer Prozess. Aber die Muslime lernten die Vertreter der Stadt von Angesicht zu Angesicht kennen, sie machten die Erfahrung, am rechten Ort mit den zuständigen Persönlichkeiten zusammen zu kommen, ihre Anliegen vorbringen zu können und endlich einmal ernst genommen zu werden. Die Vertreter der Stadt machten die Erfahrung: Mit den muslimischen Vertretern kann man verhandeln, sie sind gar nicht stur, es ist möglich, gemeinsam vertretbare Lösungen zu finden: Und für beide Seiten war es schliesslich ein Erfolg, als die Gräberfelder im Friedhof Zürich-Witikon eingeweiht werden konnten.

So geschehen die wichtigsten Schritte der Integration: Man lernt einander kennen. Man fasst Vertrauen. Man kommt gemeinsam zu Lösungen. Und unvermerkt verflüchtigen sich die Ängste, die Zerrbilder und vorgefassten Meinungen. Die „Andern“ sind nicht einfach ein Phantom, sondern es sind konkrete Menschen mit einem Gesicht, mit Empfindungen, Hoffnungen und offenen Fragen – eigentlich genau so, wie ich. In diesem Sinne versucht die GMS, im Kleinen und im Grossen Integrationshilfe zu leisten.



C. Standpunkt

Recht und Gerechtigkeit

Von Regula Bähler, Rechtsanwältin und Vorstandsmitglied der GMS

Gerecht ist nicht das Recht, sondern die Kritik des Rechts. Gerechtigkeit besagt, wie das Recht sein sollte. - Kommt einer daher und gebärdet sich als Justizminister eines Teils dieses Landes nur, so ist er zur Kritik nicht berufen. Vor allem nicht, wenn er meint, die am armenischen Volk verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürften geleugnet und verharmlost werden. Deshalb sei die Antirassismustrafnorm aufzuweichen. Damit rollt er seinen Steigbügelhaltern den roten Teppich aus. Sie fordern einmal mehr die ersatzlose Streichung jener Gesetzesbestimmung, welche rassistische Diskriminierung und Hassreden verpönt, durchaus im Einklang mit der Meinungsäusserungsfreiheit, nicht in meinem, nicht in unserem Namen. Im guten Staat erhält jede und jeder, was ihr und ihm zusteht aufgrund der einfachen Tatsache des Menschseins. Dazu gehört der unteilbare und nicht verhandelbare Schutz der Würde, der Schutz vor Angriffen auf diese Würde. - Gerecht wäre ein weiterer Ausbau dieses Schutzes.



D. Interna

- **Homepage GMS**

Unsere Homepage ist aktualisiert und wird laufend nachgeführt. Für neugierige Menschen lohnt sich ein Besuch bestimmt: www.gms-minderheiten.ch.

- **Gutes Jahr**

Das Jahr entwickelt sich erfreulich für uns - nicht nur, weil die Minderheiten- und Integrationsfragen uns die Notwendigkeit der GMS deutlich vor Augen führen. Auch das Interesse an der GMS und ihrer Arbeit ist ungebrochen. Beweis? Im laufenden Jahr sind über 70 Personen neu Mitglieder der GMS geworden.

Herzlich willkommen! Wir spüren Wind unter den Flügeln. Danke!

- **Steuerbefreiung**

Herzlichen Dank auch für das prompte Überweisen des Mitgliederbeitrages. Pro Memoria: Die GMS ist im Kanton Zürich von den Steuern befreit. D.h. Zuwendungen, auch die Mitgliederbeiträge, können in der Steuererklärung abgezogen werden.

- **Zusammenarbeit**

In letzter Zeit haben sich verschiedene Organisationen mit verwandter Zielsetzung erkundigt, ob eine nähere Zusammenarbeit möglich sei.

Gold und Silber haben wir nicht, können also keine Unterstützungsbeiträge geben. Gerne stellen wir aber unser Netzwerk zur Unterstützung bestimmter Projekte zur Verfügung, wirken in einem Patronatskomitee mit und stärken den Erfahrungs- und Informationsaustausch.